

BAUORDNUNG

Fassung für die öffentliche Auflage

Vom Gemeinderat für die kantonale Vorprüfung freigegeben am 30.5.2023

Der Gemeindepräsident: Georges Helfenstein

Der Gemeindeschreiber: Martin Mengis

Vorprüfung durch die Baudirektion:

Zug, den 22. Dezember 2023

Der Baudirektor: Florian Weber

1. öffentliche Auflage

Publikation im Amtsblatt Nr. vom

Ziffer:

Auflage

auf der Gemeindekanzlei: vom 4. Oktober 2024

bis 3. November 2024

Bescheinigung durch den Gemeindeschreiber

Durch die Stimmbevölkerung an der Urnenabstimmung beschlossen am

Der Gemeindepräsident

Der Gemeindeschreiber

2. öffentliche Auflage

Publikation im Amtsblatt Nr. vom

Ziffer:

Auflage

auf der Gemeindekanzlei vom

bis

Bescheinigung durch den Gemeindeschreiber

Vom Regierungsrat des Kantons Zug genehmigt am

1. EINLEITUNG	5
§ 1 Zweck und Geltungsbereich	5
§ 2 Planungs- und Baukommission	5
2. ZONENVORSCHRIFTEN	6
A BAUZONEN	6
§ 3 Wohnzonen	6
§ 4 Wohn- und Arbeitszonen	6
§ 5 Wohn- und Arbeitszone Papieri	7
§ 6 Arbeitszone	7
§ 7 Kernzone	7
§ 8 Bauzonen mit speziellen Vorschriften für historische Bauten und Anlagen	8
§ 9 Bauzonen mit speziellen Vorschriften Strukturerhaltung	9
§ 10 Zone des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen	9
B GRUNDMASSE DER BAUZONEN	10
§ 11 Grundmasse für die Einzelbauweise	10
C ERGÄNZENDE BAUZONENBESTIMMUNGEN	11
§ 12 Bebauungsplanpflicht	11
§ 13 Arbeitsnutzungen	11
§ 14 Preisgünstige Nutzungen	11
§ 15 Verkaufsflächen und Freizeiteinrichtungen	12
§ 16 <i>Hochhäuser</i>	12
§ 17 Zwischennutzungen	13
D NICHTBAUZONEN	13
§ 18 Landwirtschaftszone	13
§ 19 Zone des öffentlichen Interesses für Freihaltung	13
§ 20 Zone des öffentlichen Interesses für Erholung	13
E ÜBRIGE NICHTBAUZONEN MIT SPEZIELLEN VORSCHRIFTEN	14
§ 21 Allgemeine Bestimmungen	14
§ 22 Zone für Freihaltung	14
§ 23 Zone für Familiengärten	14
§ 24 Zone für Reitsport	14
§ 25 Zone Durchgangsplatz für Fahrende	15
§ 26 Zone für Bootstationierung	15
§ 27 Weilerzone	16

F	SCHUTZZONEN UND SCHUTZOBJEKTE	17
§ 28	Ortsbildschutzzone	17
§ 29	Zone archäologische Fundstätten	17
§ 30	Landschaftsschutzzone	17
§ 31	Gemeindliche Naturschutzzone	17
§ 32	Schutzzone Allmend Hagendorn	18
§ 33	Zone für Gewässerraum	18
3.	BAUVORSCHRIFTEN	19
§ 34	Einordnung	19
§ 35	Besondere Abstände	19
§ 36	Parkierung und Mobilität	19
§ 37	Grundstückerschliessung und Abfallentsorgungsanlagen	20
§ 38	Hindernisfreies Bauen	20
§ 39	Gemeinschaftliche Freiflächen	20
§ 40	Lärmschutz	21
§ 41	Förderung ökologischer Ausgleich	21
§ 42	Umgebungsgestaltung und Siedlungsökologie	21
§ 43	Naturobjekte	22
§ 44	Dachgestaltung und Fassaden	23
4.	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	24
§ 45	Mehrwertabgabe	24
§ 46	Gebühren	24
§ 47	Übergangsrecht	24
§ 48	Aufhebung bisherigen Rechts	24
§ 49	Inkrafttreten	24

ANHANG

1	Weilerzonenpläne	
---	------------------	--

Die Einwohnergemeinde Cham beschliesst gestützt auf § 7 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes vom 26. November 1998 folgende Bauordnung:

*Entspricht sinngemäss heutiger Regelung.
PBG vom 26. November 1998 (Stand 23. Oktober 2021).*

1. EINLEITUNG

§ 1 Zweck und Geltungsbereich

¹ Die Bauordnung und der Zonenplan regeln unter Vorbehalt des übergeordneten Rechtes die Nutzung des Bodens und das Bauen in der Gemeinde.

§ 1 Abs. 1 Musterbauordnung.

² Die Bauordnung und der Zonenplan gelten für alle Bauten und Anlagen und für das gesamte Gemeindegebiet.

§ 1 Abs. 2 Musterbauordnung.

§ 2 Planungs- und Baukommission

¹ Der Gemeinderat wählt eine Planungs- und eine Baukommission.

Sinngemäss § 2 Musterbauordnung.

² Die Planungs- und die Baukommission beraten den Gemeinderat in gestalterischen, baulichen und planerischen Fragen.

Bezüglich der fachlichen Qualifikation der Kommissionsmitglieder wird das Pflichtenheft präzisiert.

³ Der Gemeinderat legt die Aufgaben, Kompetenzen und die Organisation fest.

2. ZONENVORSCHRIFTEN

A BAUZONEN

§ 3 Wohnzonen

¹ Die Wohnzonen W 1, W 2, W 3 und W 4 sind für Wohnnutzungen, dem Wohnen vergleichbare Nutzungen sowie familienergänzende Betreuung bestimmt.

² Nicht störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sind zulässig.

³ In der Wohnzone W 1 im Bereich des Seeufers (Städtler Ried und Kleineslen) darf die Gesamthöhe der Bauten die Kote 422.00 m ü. M. nicht überschreiten. Hochbauten haben einen Abstand von 30 m zum Seeufer einzuhalten.

⁴ Die im Zonenplan speziell bezeichneten Flächen dienen der Freihaltung und Begrünung der Siedlungsränder. Zulässig sind Gärten, Sitzplätze, Spielplätze u. dgl. Die Flächen dürfen baurechtlich nicht ausgenutzt werden und zählen nicht zur anrechenbaren Grundstücksfläche.

§ 4 Wohn- und Arbeitszonen

¹ Die Wohn- und Arbeitszonen WA 3, WA 4, WA 5 und WA Pavatex sind für Wohnnutzungen, dem Wohnen vergleichbare Nutzungen sowie für höchstens mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe bestimmt.

² Erdgeschosse sind räumlich auf den angrenzenden öffentlichen Raum abzustimmen. In der Regel sind:

- in den zu den Strassen und Plätzen orientierten Räumen im Erdgeschoss keine Wohnnutzungen erlaubt;
- die zu den Strassen, Plätzen und Wegen zugewandten Umgebungsflächen gut zu gestalten und zu bepflanzen;
- die Höhenlage der Erdgeschosse und die Terraingestaltung auf die Höhenlage der Strassen, Plätze und Wege abzustimmen; Einfriedungen, bauliche Sichtschutzelemente u. dgl. dürfen eine Höhe von 1 m nicht überschreiten.

³ Die im Zonenplan speziell bezeichnete Fläche dient der Freihaltung und Begrünung des Siedlungsrandes. Zulässig sind Gärten, Sitzplätze, Spielplätze u. dgl. Die Flächen dürfen baurechtlich nicht ausgenutzt werden und zählen nicht zur anrechenbaren Grundstücksfläche.

Sinngemäss § 3 Abs. 1 Musterbauordnung.

§ 3 Abs. 2 Musterbauordnung.

Sinngemäss bestehende Regelung aBO § 19.

Neue Regelung für Flächen am Siedlungsrand, die sich heute in einer LW-Zone befinden und bereits als Spielplatz oder Quartierfreiraum genutzt werden.

Sinngemäss § 4 Musterbauordnung.

Neue Bestimmung.

Wohnen im Hochparterre ist weiterhin erlaubt.

Neue Regelung für eine Fläche im Gebiet Teuflibach, die freigehalten, aber nicht einer Zone des öffentlichen Interesses für Freihaltung zugewiesen werden kann.

§ 5 Wohn- und Arbeitszone Papieri

¹ Die Wohn- und Arbeitszone Papieri (WAP) ist für eine Mischnutzung mit einem Anteil von mindestens 50 % Wohnnutzungen und einem Anteil von mindestens 25 % Arbeitsnutzungen (Dienstleistungsbetriebe sowie mässig störende Gewerbe- und Industriebetriebe, Lagerflächen, publikumsorientierte Nutzungen und Nutzungen im öffentlichen Interesse) bestimmt.

² Es darf nur auf der Grundlage eines ordentlichen Bebauungsplans gebaut werden.

§ 6 Arbeitszone

¹ Die Arbeitszone (A) ist für die Ansiedlung höchstens mässig störender Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe bestimmt. Es sind betriebsnotwendige Wohnungen erlaubt. Vorbehalten bleiben die Nutzungsbestimmungen gemäss § 15 BO.

§ 7 Kernzone

¹ Die Kernzone (K) bezweckt die Erhaltung und zeitgemässe Weiterentwicklung der vorhandenen Kernzonenstrukturen und die Stärkung des Zentrums. Sie soll ortsbildgerechte Um- und Neubauten gewährleisten.

² Die Kernzone ist für Wohnnutzungen und für höchstens mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe der Empfindlichkeitsstufe III bestimmt.

³ In der Kernzone werden an die architektonische und städtebauliche Gestaltung bezüglich Situierung, Gliederung, Volumetrie, Erscheinungsbild, Dachform, Baumaterialien, Farbgebung und Umgebung besonders hohe Anforderungen gestellt.

⁴ Die das Ortsbild prägenden typischen Bauten sind zu erhalten. Der Gemeinderat kann den Abbruch und Neubau bewilligen, wenn das bestehende Gebäude für das Ortsbild unwichtig oder es unzumutbar ist, die Bausubstanz zu erhalten.

⁵ Die Umgebungsflächen sind situationsgerecht zu gestalten und zu begrünen, wobei auch ökologische Flächen anzulegen sind. Kernzonentypische Freiraumelemente wie Vorgärten, Zäune und dergleichen sind nach Möglichkeit zu erhalten bzw. sinngemäss weiterzuführen. Am massgebenden Terrainverlauf sind möglichst wenig Veränderungen vorzunehmen.

⁶ Entlang von Strassen, Plätzen und öffentlichen Fusswegen sind im Erdgeschoss vorwiegend publikumsorientierte Nutzungen mit gut gestaltetem Bezug zum öffentlichen Raum vorzusehen.

⁷ Sofern keine öffentlichen oder nachbarlichen Interessen entgegenstehen, kann der Gemeinderat im Interesse ortsbaulich guter Lösungen geringfügige Abweichungen von den Abstandsmassen und den Höhenmassen gemäss § 11 Abs. 1 BO bewilligen.

Bestehende Bestimmung aBO § 21a Abs. 1.

Es besteht ein rechtskräftiger Bebauungsplan, der die zulässige Bauweise regelt und die Freiräume sicherstellt.

Sinngemäss Bestimmung aBO § 22.

Neue Bestimmung. Zur Gewährleistung eines transparenten Vollzugs besteht ein Kernrichtplan oder ein Quartierbeschrieb.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 24.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 24.

§ 6 Abs. 3 Musterbauordnung.

Neue Bestimmung. Auf die Festlegung einer Grünflächenziffer wird verzichtet. Es werden qualitative Anforderungen an die Umgebungsgestaltung gestellt.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 24.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 24.

§ 8 Bauzonen mit speziellen Vorschriften für historische Bauten und Anlagen

¹ Die Bauzonen mit speziellen Vorschriften für die historisch bedeutenden Bauten und Anlagen (BsV1) «Frauental», «Heiligkreuz», «Hammergut» und «Schloss St. Andreas» dienen der Erhaltung der Gesamtanlage in ihren wesentlichen Bestandteilen.

² Innerhalb der Bauzonen mit speziellen Vorschriften sind grössere Neu- und Erweiterungsbauten, die Gesamtanlage wesentlich beeinflussende Zweckänderungen sowie umfassende Veränderungen der Aussenanlagen ausschliesslich im Rahmen eines ordentlichen Bebauungsplans möglich.

³ Bestehende Bauten und Anlagen können ohne Bebauungsplan erneuert, teilweise geändert und einmalig um höchstens 10 % der bestehenden anrechenbaren Geschossfläche erweitert werden, sofern keine nachteiligen Einwirkungen auf die Aussenanlage, die historische Bedeutung und den denkmalpflegerischen Wert der Gesamtanlage entstehen.

⁴ Der Wiederaufbau von durch höhere Gewalt ganz oder teilweise zerstörten Bauten und Anlagen ist gestattet. Ein Ersatz hat der zerstörten Baute oder Anlage hinsichtlich Art, Umfang und Lage zu entsprechen.

⁵ In den Bauzonen mit speziellen Vorschriften «Heiligkreuz», «Hammergut» und «Schloss St. Andreas» sind innerhalb der Teilzone A Bauten und Anlagen, innerhalb der Teilzone B lediglich Sport- und Parkplätze zulässig. In der Teilzone C sind jegliche Neubauten untersagt.

⁶ Das kantonale Amt für Denkmalpflege und Archäologie wirkt bei Bauvorhaben beratend mit.

Unveränderte Bestimmung aBO § 25.

Unveränderte Bestimmung aBO § 25. Für das Hammergut und das Heiligkreuz bestehen bereits rechtskräftige Bebauungspläne.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 25.

Unveränderte Bestimmung aBO § 25.

Unveränderte Bestimmung aBO § 25.

Neue Bestimmung anstelle der bisherigen Überlagerung Ortsbildschutz.

§ 9 Bauzonen mit speziellen Vorschriften Strukturerhaltung

- ¹ Die Bauzonen mit speziellen Vorschriften Strukturerhaltung (BsV2) «Lindenham», «Löbern», «Rigistrasse», «Enikon», «Seestrasse» und «Alpenblick» umfassen Gebiete mit hoher Siedlungsqualität, die mit Rücksicht auf die quartierprägenden Strukturmerkmale weiterentwickelt werden sollen.
- ² Zulässig sind Wohnnutzungen und nicht störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe.
- ³ Neubauten sowie bauliche Veränderungen an bestehenden Bauten und Anlagen sind besonders gut zu gestalten und haben die quartierprägenden Strukturmerkmale insbesondere hinsichtlich Massstab, Stellung, kubischer Gliederung sowie Umgebungsgestaltung zu berücksichtigen.
- ⁴ Rechtmässig erstellte bestehende Gebäude dürfen unter Wahrung der Lage und äusseren Abmessung, ungeachtet der Grundmasse für Neubauten, umgebaut oder ersetzt werden. Geringfügige Abweichungen von der Stellung, dem bisherigen Gebäudeprofil und der Dachform können unter Wahrung nachbarlicher Interessen gestattet werden.

*Neuer Bauzonentyp. Ersetzt z.T. Ortsbildschutzzone.
Neue Bestimmung. Ersetzt z.T. Ortsbildschutzzone resp. leitet sich aus ISOS ab.*

Neue Bestimmung.

Neue Bestimmung.

Neue Bestimmung.

Zu den Bauzonen mit speziellen Vorschriften zeigt eine Vollzugsrichtlinie im Sinne einer Verwaltungsverordnung auf, welche städtebaulichen und freiräumlichen Strukturmerkmale quartierprägend sind und im Baubewilligungsverfahren wegleitend bei der Beurteilung von Bauvorhaben sind.

§ 10 Zone des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen

- ¹ Die Zonen des öffentlichen Interesses für Bauten (OelB) sind für öffentliche Bauten und Anlagen bestimmt.
- ² Bauten und Anlagen sind rücksichtsvoll in das Ortsbild einzuordnen und besonders gut zu gestalten.
- ³ Zu den Grundstücken in angrenzenden Zonen müssen die Grenz- und Gebäudeabstände dieser Zonen eingehalten werden. Im Übrigen werden die Bauvorschriften vom Gemeinderat unter Berücksichtigung der öffentlichen und privaten Interessen von Fall zu Fall festgelegt.

Unverändert gemäss bestehender Bestimmung aBO § 27.

Neue Bestimmung.

Unverändert gemäss bestehender Bestimmung aBO § 27 und § 7 Abs. 2 Musterbauordnung.

B GRUNDMASSE DER BAUZONEN

§ 11 Grundmasse für die Einzelbauweise

1

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
Zone	Anzahl Vollgeschoss	Anzahl Attikageschosse / Dachgeschoss	Maximale Ausnützungsziffer Wohnen	Maximale Ausnützungsziffer Arbeitsnutzungen (§ 13 Abs. 1 BO)	Maximale Ausnützungsziffer preisg. Wohnen (§ 14 Abs. 1 BO)	Maximale Baumassenziffer	Minimale Grünflächenziffer	Maximale Fassadenhöhe / Gesamthöhe	Minimaler Grenzabstand	Empfindlichkeitsstufe gemäss LSV
Wohnzone W 1	1	1	0.45	-	-	-	50 %		4.00 m	II
Wohnzone W 2	2	1	0.50	-	-	-	40 %		5.00 m	II
Wohnzone W 3	3	1	0.70	-	0.90	-	40 %		5.00 m	II
Wohnzone W 4	4	1	0.75	-	0.95	-	40 %		6.00 m	II
Wohn- und Arbeitszone WA 3	3	1	0.70	0.90	0.90	-	30 %/40 %*		5.00 m	III
Wohn- und Arbeitszone WA 4	4	1	0.75	0.95	0.95	-	30 %/40 %*		6.00 m	III
Wohn- und Arbeitszone WA 5	5	1	1.50	1.70	1.70	-	30 %/40 %*		6.00 m	III
Wohn- und Arbeitszone WA Papieri	-	-	1.40	-	-	-	-	30 m	4.00 m	III
Wohn- und Arbeitszone WA Pavatex	-	-	2.30	-	-	-	30 %/40 %*	30 m	6.00 m	III
Kernzone K	4	1	1.15	-	-	-	Gemäss § 7 Abs. 5		4.00 m	III
Arbeitszone A										
Städtler Allmend	-	-	-	-	-	7.0	20 %	21.50 m	6.00 m	III
Langacher	-	-	-	-	-	5.0	20 %	16.00 m	6.00 m	III
BsV1 Frauental	3	2	0.20			-	50%		5.00 m	III
BsV1 Heiligkreuz	3	2	0.20			-	50%		5.00 m	III
BsV1 Hammergut	2	1	0.20			-	60%		5.00 m	III
BsV1 Schloss St. Andreas	2	1	0.20			-	60%		5.00 m	II
BsV2 Lindencham	2	1	0.50			-	40%		5.00 m	II
BsV2 Löbern	2	1	0.50			-	40%		4.00 m	II
BsV2 Rigistrasse	3	1	0.70			-	40%		4.00 m	II
BsV2 Enikon (Schällennatt)	3	1	0.70			-	40%		4.00 m	II
BsV2 Seestrasse	2	1	0.50			-	40%		5.00 m	II
BsV2 Alpenblick	-	-	0.70			-	50%	30 m	8.00 m	II

* Tieferer Wert gilt bei der Realisierung eines Gewerbeanteils

- Die Ausnützungsziffer und die Baumassenziffer werden aufgrund der neuen Messweisen im kantonalen Recht um das Mass der Attikageschosse (bei AZ) beziehungsweise die Aussenwände (bei BMZ) erhöht.
- Der grosse Grenzabstand wird aufgehoben.
- Die zulässige Höhe der Gebäude wird anhand der Geschosshöhe bestimmt (§ 33 Abs. 2 VPBG), analog rechtskräftige Praxis.
- AZ für Arbeitsnutzungen siehe § 13 BO.
- AZ für preisgünstige Wohnungen siehe § 14 BO.
- Die Grünflächenziffer wird neu eingeführt. Die Werte sind etwas tiefer angesetzt, als der bestehende, durchschnittliche Begrünungsgrad in den jeweiligen Zonen. Als anrechenbare Grünflächen gelten natürliche und/oder bepflanzte Bodenflächen eines Grundstücks, die nicht versiegelt sind und die nicht als Abstellflächen dienen (§ 38 V PBG).
- Hochhäuser bedingen einen ordentlichen Bebauungsplan. Die rechtskräftigen Bebauungspläne Papieri und Alpenblick bezeichnen die zulässigen Hochhausstandorte (Gebäude höher 30 m).

² Bei Um- und Anbauten wird die Grünflächenziffer unter Beachtung der örtlichen Verhältnisse im Einzelfall festgelegt. Bei besonderen betrieblichen oder örtlichen Verhältnissen kann auf begründeten Antrag hin eine tiefere Grünflächenziffer gestattet werden, wenn andere Massnahmen zur Umgebungsbegrünung umgesetzt werden.

Andere Massnahmen sind z.B. Baumpflanzungen, besonders ökologische Umgebungsbegrünungen, Fassadenbegrünungen, intensive anstelle extensive Flachdachbegrünungen. Diese Massnahmen zählen nicht zur Grünflächenziffer.

C ERGÄNZENDE BAUZONENBESTIMMUNGEN

§ 12 Bebauungsplanpflicht

¹ In den im Zonenplan mit durchzogener Linie schwarz umrandeten Gebieten darf nur auf der Grundlage eines Bebauungsplans gebaut werden.

Sinngemäss § 11 Musterbauordnung.

² Folgende Bauvorhaben lösen unter Vorbehalt der zonengemässen Grundmasse keine Bebauungsplanpflicht aus:

- Untergeordnete bauliche Erweiterungen, Umbauten und Anbauten bis 10 % der vor Inkrafttreten dieser Regelung auf dem Grundstück bestehenden anrechenbaren Geschossfläche;
- Nutzungsänderungen innerhalb der bestehenden Bauten.

Neuer Artikel, § 72 Abs. 2 PBG.

§ 13 Arbeitsnutzungen

¹ In den Wohn- und Arbeitszonen WA 3, WA 4 und WA 5 erhöht sich die zonengemässe Ausnützungsziffer für Wohnen um das Mass der Flächen von Arbeitsnutzungen, jedoch höchstens auf den Wert gemäss Tabelle § 11 Abs. 1 Spalte E BO. ~~höchstens um 0.2.~~

Sinngemäss bestehender Regelung aBO § 38.

² Werden Flächen für Arbeitsnutzungen in Untergeschossen realisiert, kann die zulässige Ausnützungsziffer in der Kernzone um höchstens 0.5, in den Wohn- und Arbeitszonen WA 3, WA 4 und WA 5 um höchstens 0.3 erhöht werden. Die Ausnützung der oberirdischen Flächen allein darf jedoch nicht über den Werten gemäss § 11 Abs. 1 BO liegen.

Sinngemäss bestehende Regelung aBO § 38 Abs. 3

§ 14 Preisgünstige Nutzungen

¹ In den Zonen W 3, W 4, WA 3 und WA 4 wird zur Förderung von preisgünstigen Wohnungen die Ausnützungsziffer gemäss § 11 Abs. 1 Spalte F BO erhöht. In diesen Zonen sind mindestens im Umfang der Mehrausnützung preisgünstige Wohnungen zu realisieren. Eine Mehrausnützung liegt nur dann vor, wenn Bauvorhaben nach Einzelbauweise die folgenden Ausnützungsziffern überschreiten:

Neue Bestimmung. Wenn diese Ausnützungsziffern nicht überschritten sind, besteht keine Pflicht zur Realisierung von preisgünstigen Wohnungen.

- In den Zone W 3 und WA 3: Ausnützungsziffer 0.70
- In den Zone W 4 und WA 4: Ausnützungsziffer 0.75
- In der Zone WA 5: Ausnützungsziffer 1.50

² Bei ordentlichen Bebauungsplänen ist auf mindestens 50 % der zusätzlichen Nutzung preisgünstiger Wohnraum zu schaffen. Bei ordentlichen Bebauungsplänen in Arbeitszonen sind auf mindestens 25 % der zusätzlichen Nutzung preisgünstige Gewerbeflächen zu realisieren. Preisgünstige Gewerbeflächen können auch bei besonderen Fällen in Wohn- und Arbeitszonen zugelassen werden. Im Rahmen von städtebaulichen Verträgen können anstelle von preisgünstigen Gewerbeflächen andere Sachleistungen geregelt werden.

³ Die im Zonenplan speziell bezeichneten Gebiete dienen dem preisgünstigen Wohnungsbau. In Übereinstimmung mit § 18 Abs. 4 des Planungs- und Baugesetzes (PBG; BGS 721.11) gelten nachfolgende Mindestanteile:

- In den neu eingezonten Gebieten Spiess und Lindenstrasse gilt ein Anteil von 100 % der realisierten anrechenbaren Geschossfläche.

- Im umgezonten Gebiet Pavatex gilt ein Anteil von 15% der realisierten anrechenbaren Geschossfläche für Wohnen. Anstelle von preisgünstigen Wohnungen sind in untergeordnetem Ausmass auch preisgünstige Gewerbeflächen zulässig.

⁴ Der Gemeinderat unterstellt die preisgünstigen Wohnungen dem kantonalen Wohnraumförderungsgesetz [WFG; BGS 851.211] oder regelt die Anforderungen an die preisgünstigen Nutzungen, insbesondere Mietzinsobergrenzen, die baulichen Anforderungen sowie die langfristige Sicherstellung.

§ 15 Verkaufsflächen und Freizeiteinrichtungen

¹ In den Wohn- und Arbeitszonen WA 3, WA 4, WA 5 und in der Arbeitszone gelten für Verkaufsflächen und Freizeitanlagen folgende Einschränkungen:

- a) Der Verkauf nicht an Ort produzierter Güter ist bis zu einer Nettoverkaufsfläche von 500 m² zulässig.
- b) Es sind nur Freizeitanlagen mit lokalem Einzugsgebiet und geringem Verkehrsaufkommen zulässig.

² Von diesen Einschränkungen kann der Gemeinderat im Rahmen eines Bebauungsplans Abweichungen zulassen, sofern in einem Verkehrsgutachten der Nachweis erbracht werden kann, dass das zusätzlich erzeugte Verkehrsaufkommen vom bestehenden Verkehrsnetz aufgenommen werden kann und die künftige Entwicklung des Gebiets nach Regelbauweise gewährleistet bleibt.

§ 16 Hochhäuser

¹ Hochhäuser sind nur in den im Zonenplan bezeichneten Gebieten zulässig. Es gilt eine ordentliche Bebauungsplanpflicht.

² Der Gemeinderat legt die Maximalhöhen sowie qualitativen Anforderungen an das Hochhausprojekt im Einzelfall fest.

³ Der Gemeinderat definiert die Anforderungen für die Planung und Beurteilung von Hochhausprojekten in einer Vollzugsrichtlinie.

⁴ Zonen für Hochhäuser sind einer Grundnutzung überlagert.

Neue Bestimmung. Zusätzliche Nutzung = aGF. Bei Baumassenziffer ist die zusätzliche Nutzung herzuleiten.

Neue Bestimmung. Gilt für die Gebiete, die neu einer Bauzone zugewiesen werden (Einzonungen).

Sinngemäss § 12 Abs. 2 Musterbauordnung.

Sinngemäss bestehende Regelung aBO § 39. Zu den Freizeitanlagen zählen Kinos oder ähnliche Nutzungen. Für an Ort produzierte Güter bestehen neu keine Vorgaben mehr zum Verhältnis zur Produktionsfläche.

Sinngemäss Bestimmung aBO § 39.

Separate Vorlage (Urnenabstimmung 9. Juni 2024)

§ 17 Zwischennutzungen

Für Zwischennutzungen innerhalb der Bauzonen kann der Gemeinderat auf maximal drei Jahre zeitlich befristete Abweichungen von den Zonen- und Bauvorschriften bewilligen. Die befristete Bewilligung kann auf Antrag mit Begründung um zwei Jahre verlängert werden.

Sinngemäss § 14 Musterbauordnung. In Abweichung davon kann die Zwischennutzung um 2 Jahre erstreckt werden.

D NICHTBAUZONEN

§ 18 Landwirtschaftszone

¹ Die Landwirtschaftszone umfasst Land, das sich für die landwirtschaftliche Nutzung oder den Gartenbau eignet oder das im Gesamtinteresse landwirtschaftlich genutzt oder gepflegt werden soll.

§ 15 Abs. 1 Musterbauordnung.

² Für die Landwirtschaftszone gelten ausschliesslich die Vorschriften von Bund und Kanton.

§ 15 Abs. 2 Musterbauordnung.

§ 19 Zone des öffentlichen Interesses für Freihaltung

¹ Die Zone des öffentlichen Interesses für Freihaltung umfasst Freiflächen, die in ihrem naturnahen Charakter zu erhalten und von Bauten freizuhalten sind. Darauf dürfen nur Anlagen und Ausstattungen wie Wege, Grillplätze, Sitzbänke und dergleichen erstellt werden, welche mit dem Charakter der Zone vereinbar sind und keine übermässigen Emissionen verursachen.

Sinngemäss bestehende Regelung aBO § 27 sowie sinngemäss § 16 Abs. 1 Musterbauordnung.

² Zu den Grundstücken in angrenzenden Zonen sind die Grenz- und Gebäudeabstände dieser Zonen einzuhalten.

§ 17 Abs. 2 Musterbauordnung.

§ 20 Zone des öffentlichen Interesses für Erholung

¹ Der Zone des öffentlichen Interesses für Erholung sind Flächen zugewiesen, die der Erholung der Bevölkerung dienen. Darauf dürfen nur kleinere Bauten und Anlagen erstellt werden, welche der Erholungsnutzung dienen. Neue Bauten und Anlagen nehmen Rücksicht auf die Besonderheit des Orts und die gewachsenen Nutzungen.

Sinngemäss bestehende Regelung aBO § 27 sowie § 17 Abs. 1 Musterbauordnung.

² Zu den Grundstücken in angrenzenden Zonen sind die Grenz- und Gebäudeabstände dieser Zonen einzuhalten.

§ 17 Abs. 2 Musterbauordnung.

E ÜBRIGE NICHTBAUZONEN MIT SPEZIELLEN VORSCHRIFTEN

§ 21 Allgemeine Bestimmungen

¹ Die übrigen Nichtbauzonen mit speziellen Vorschriften werden nicht, teilweise oder nur vorübergehend nicht landwirtschaftlich genutzt und dienen anderen, im Zonenplan bezeichneten Nutzungen.

² In allen übrigen Nichtbauzonen mit speziellen Vorschriften sind zu den Grundstücken in angrenzenden Zonen die Grenz- und Gebäudeabstände dieser Zonen einzuhalten.

§ 18 Abs. 1 Musterbauordnung.

§ 18 Abs. 2 Musterbauordnung.

§ 22 Zone für Freihaltung

Die Zone für Freihaltung (Fh) dient der Freihaltung von Flächen zur Gliederung und Durchgrünung des Siedlungsgebiets sowie der privaten Erholungsnutzung. In der Zone für Freihaltung können einzelne kleine Bauten bis 10 m² Grundfläche, Spielplatzgeräte und notwendige Erschliessungsanlagen bewilligt werden.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 30. Der Gewässerabstand ist neu durch die überlagernde Zone Gewässerraum bestimmt.

§ 23 Zone für Familiengärten

¹ Die Zone für Familiengärten (Fa) ist für Klein- und Gemeinschaftsgärten bestimmt. Dem Zonenzweck entsprechende Bauten und Anlagen, insbesondere kleine Gartenhäuser bis 10 m² Grundfläche und Gemeinschaftsinfrastrukturen, sind zulässig.

² In der Zone Familiengärten Friesencham dürfen die bestehenden Gebäude Assek. Nrn. 121a bis 121c als Lager oder als Gemeinschaftsraum genutzt werden. Sie dürfen zu diesem Zweck umgebaut und ersetzt werden.

Sinngemäss § 19 Musterbauordnung.

In den erwähnten Gebäuden befindet sich das Pfadheim und ein Holzlager (Werkhof). Die Gemeinschaftsinfrastrukturen der Familiengärten sind in diesen Gebäuden zu konzentrieren.

§ 24 Zone für Reitsport

¹ Die Zone für Reitsport (Rs) ist für die Einrichtung und den Betrieb von Reitsportanlagen bestimmt. Errichtung und Änderung von für den Reitsport erforderlichen Bauten und Anlagen sind in der Teilzone A zulässig, wenn keine überwiegenden Interessen entgegenstehen. Innerhalb der Teilzone B sind lediglich Einrichtungen für die tiergerechte Auslaufhaltung (z.B. Futterstationen) zulässig.

² Mit dem Baugesuch für die Errichtung oder Änderung von Bauten und Anlagen sind folgende Unterlagen einzureichen:

- a) ein Umgebungsgestaltungsplan mit Angabe der Bebauung, der Geländeänderungen, der Gestaltung von Bauten und Anlagen, der ökologischen Ausgestaltung von Randzonen und Übergängen zur Landwirtschaftszone, der Bepflanzung, Beleuchtung, Wegführung und Erschliessung sowie Parkierung,
- b) ein Plan der umzäunten Flächen mit Nachweis der landschaftsverträglichen Ausgestaltung der Umzäunungen sowie deren Kompatibilität mit Wildtierkorridoren und
- c) ein Betriebsreglement, das insbesondere Aufschluss gibt über Reitsportanlässe, Betriebszeiten und die Parkplatzbenutzung.

Sinngemäss § 20 Abs. 1 Musterbauordnung. Die Teilzonen A und B sind im Zonenplan ersichtlich.

§ 20 Abs. 2 Musterbauordnung.

Neue Fassung BO Cham

Bemerkungen / Anpassung / Hinweise

³ Bei der Reitsportanlage Baregg sind zur Sicherung des Wildaustritts und zur Förderung der Vernetzung entlang dem Waldrand und südlich der Reitsportanlage naturnahe Säume und Strukturen wie Magerwiesen und Hecken anzulegen. Diese Flächen sind von Umzäunungen freizuhalten.

Unveränderte Bestimmung aBO § 30.

⁴ Der Wohnraumbedarf richtet sich nach den Vorschriften des Raumplanungsgesetzes (SR 700).

§ 20 Abs. 3 Musterbauordnung.

§ 25 Zone Durchgangsplatz für Fahrende

Die Zone für Fahrende (Fd) ist als Durchgangsplatz für Fahrende und für ökologische Ausgleichsflächen bestimmt. Zulässig sind Infrastruktureinrichtungen (Wasser, Abwasser, Strom, Abfallcontainer, Sanitäranlagen) sowie maximal 20 Durchgangsplätze. Weitere Festlegungen sind in einem Umgebungsgestaltungsplan sowie einem Betriebsreglement zu treffen, welche vom Gemeinderat zu genehmigen sind.

Unveränderte Bestimmung aBO § 30.

§ 26 Zone für Bootsstationierung

Die Zone für Bootsstationierung (Bo) dient der Platzierung von Booten unter Inanspruchnahme von Seegebiet. Die Stationierung von Booten muss auf die landschaftliche Umgebung Rücksicht nehmen und sich einfügen.

Unveränderte Bestimmung aBO § 30.

§ 27 Weilerzone

- ¹ Die Weilerzone (We) dient der Erhaltung und massvollen Entwicklung der bestehenden Kleinsiedlungen samt ihrer charakteristischen Umgebung. Vorbehalten bleiben Massnahmen der Denkmalschutzgesetzgebung.
- ² Zulässig sind Nutzungen wie landwirtschaftliche Betriebe, Wohnen, nicht oder mässig störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe sowie öffentliche Bauten und Anlagen, die mit dem Charakter des jeweiligen Weilers vereinbar sind.
- ³ Alle baulichen Massnahmen, Nutzungsänderungen und Umgebungsgestaltungen sind dem Erscheinungsbild und dem Charakter des Weilers anzupassen. Weilertypische Elemente der Umgebungsgestaltung wie Gärten, Brunnen und Wegkreuze, Mauern und Zäune etc. sind zu erhalten und bei Ersatzbauten und Umnutzungen zu übernehmen bzw. wiederherzustellen und weiterzuführen. Umgebungsflächen dürfen nicht versiegelt werden, Ausnahmen sind zu begründen. Für die Begrünung sind ortstypische Pflanzen zu verwenden. Markante Einzelbäume und Baumgruppen sind zu erhalten. Am massgebenden Terrainverlauf sind möglichst wenig Veränderungen vorzunehmen.
- ⁴ Neubauten sind nicht zulässig. Davon ausgenommen sind betriebsnotwendige landwirtschaftliche Neubauten. Für umgenutzte, ehemals landwirtschaftlich begründete Wohn- und Gewerbeflächen darf weder in der Weilerzone noch in der Landwirtschaftszone Ersatz geschaffen werden, der erneut landwirtschaftlichen Zwecken dient.
- ⁵ Der Abbruch bestehender Gebäude ist zulässig, wenn ein Ersatzbau sichergestellt ist oder die durch den Abbruch entstehende Baulücke das Erscheinungsbild des jeweiligen Weilers nicht beeinträchtigt. Ersatzbauten sind unter Beibehaltung der rechtmässig bewilligten Nutzung und des bisherigen Gebäudeprofils (Lage, Grundriss, Stellung und kubische Form) zulässig. Abweichungen vom bisherigen Gebäudeprofil sind zulässig, wenn sie im Interesse der gestalterischen Verbesserung liegen.
- ⁶ Rechtmässig erstellte, bestehende Gebäude dürfen erneuert, gemäss Abs. 7 umgenutzt und umgebaut sowie geringfügig erweitert werden. Veränderungen am äusseren Erscheinungsbild müssen darauf ausgerichtet sein, die Einpassung in den Weiler zu verbessern.
- ⁷ Bei der Umnutzung von rechtmässig erstellten, nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Gebäuden gelten folgende Einschränkungen:
- a) Weilerzonen Bibersee, Oberwil und Friesencham
Erlaubt sind Lagernutzungen sowie Wohnnutzungen im Sinne der Bundesgesetzgebung. In ortsbildprägenden Gebäuden sind überdies höchstens mässig störende Gewerbebetriebe (Produktionsbetriebe) erlaubt.
 - b) Weilerzone Niederwil
Erlaubt sind höchstens mässig störende Gewerbebetriebe (Produktionsbetriebe), Lagernutzungen, Dienstleistungsbetriebe und öffentliche Nutzungen. Überdies dürfen nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Ökonomiegebäude und andere Gebäude unter Beibehaltung der bestehenden Bausubstanz zu Wohnzwecken umgenutzt werden, wenn sie für das Erscheinungsbild des Weilers ortsbildprägend sind oder eine schützenswerte Substanz aufweisen.
 - c) Bei Umnutzungen bestehender Gebäude müssen alle Nebennutzflächen im bestehenden Gebäudevolumen untergebracht werden.

Zonenzweck

Nutzung

Einordnung und Gestaltung

Weilertypische Elemente der Umgebungsgestaltung siehe Anhang.

Neubauten

Abbruch und Ersatz

*Umnutzung
a) Grundsatz*

*Umnutzung
b) Einschränkungen*

Ortsbildprägende Gebäude siehe Anhang.

F SCHUTZZONEN UND SCHUTZOBJEKTE

§ 28 Ortsbildschutzzone

¹ Die Ortsbildschutzzone (OS) bezweckt die Erhaltung der Eigenart und der Schönheit sowie die Weiterentwicklung der in der Ortsbildschutzzone gelegenen Bauten, Anlagen, Naturobjekte und Freiräume. Bauten und Anlagen müssen sich besonders gut in die Umgebung einpassen. Neubauten müssen überdies dem Charakter des schutzwürdigen Ortsbilds entsprechen und dieses räumlich sinnvoll ergänzen.

² Das kantonale Amt für Denkmalpflege und Archäologie wirkt bei Bauvorhaben beratend mit.

³ Die Ortsbildschutzzone ist der Grundnutzung überlagert.

Sinngemäss § 25 Abs. 1 Musterbauordnung.

§ 25 Abs. 2 Musterbauordnung.

§ 25 Abs. 3 Musterbauordnung.

§ 29 Zone archäologische Fundstätten

¹ Die Zone archäologische Fundstätten dient der Erhaltung archäologisch bedeutsamer Fundstätten.

² Sämtliche Terrainveränderungen in dieser Zone sind bewilligungspflichtig und bereits im Projektstadium dem Amt für Denkmalpflege und Archäologie zur Stellungnahme zu unterbreiten.

³ Die Zone archäologische Fundstätten ist einer Grundnutzung überlagert.

§ 26 Abs. 1 Musterbauordnung. Zonenabgrenzung gemäss Vorgaben des Kantons.

§ 26 Abs. 2 Musterbauordnung.

§ 26 Abs. 3 Musterbauordnung.

§ 30 Landschaftsschutzzone

¹ Die Landschaftsschutzzone dient der Erhaltung oder Wiederherstellung besonders qualitätsvoller Landschaften in ihrer Vielfalt und Eigenart.

² Bauten und Anlagen sind besonders sorgfältig zu gestalten und in die Landschaft einzuordnen.

³ Die typischen Elemente wie Hecken und Feldgehölze, landschaftsprägende Anlagen wie historische Wegverbindungen, Wegkreuze und dergleichen, markante Einzelbäume sowie Ufergehölze sind zu erhalten, zu fördern und zu pflegen. Der Gemeinderat kann Ersatzpflanzungen anordnen.

⁴ Die Landschaftsschutzzone ist einer Grundnutzung überlagert.

§ 27 Abs. 1 Musterbauordnung.

§ 27 Abs. 2 Musterbauordnung.

Sinngemäss § 27 Abs. 3 Musterbauordnung.

§ 27 Abs. 3 Musterbauordnung.

§ 31 Gemeindliche Naturschutzzone

¹ Die gemeindliche Naturschutzzone dient der Erhaltung und Förderung schutzwürdiger Lebensräume von seltenen und bedrohten Tieren und Pflanzen, wie Riedwiesen, Trockenstandorte, Hecken und Feldgehölze.

² Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten betreffend Nutzung und Pflege in separaten Schutzplänen, Reglementen oder in Verträgen.

§ 28 Abs. 1 Musterbauordnung.

Sinngemäss § 28 Abs. 2 Musterbauordnung.

§ 32 Schutzzone Allmend Hagendorn

¹ Die Schutzzone Allmend Hagendorn ist der Bauzone überlagert. Sie dient dem Schutz der Umgebung.

² Hochbauten, Intensivlandwirtschaft und Gartenbau sind untersagt.

Unveränderte Bestimmung aBO § 33.

Unveränderte Bestimmung aBO § 33.

§ 33 Zone für Gewässerraum

¹ Die Zone für Gewässerraum dient der Freihaltung des bundesrechtlichen Gewässerraums. Es sind Nutzungen nach Massgabe des Bundesrechts zulässig.

² Der Gemeinderat kann gestützt auf Revitalisierungsprojekte unwesentliche Änderungen wie Berichtigungen oder Korrekturen aufgrund eines Versehens oder von planerisch unzweckmässig verlaufenden Zonengrenzen vornehmen. Die öffentliche Auflage kann unterbleiben, die Betroffenen sind jedoch anzuhören.

³ Die Zone für Gewässerraum ist einer Grundnutzung überlagert.

§ 29 Abs. 1 Musterbauordnung.

Neue Bestimmung

§ 29 Abs. 2 Musterbauordnung.

3. BAUVORSCHRIFTEN

§ 34 Einordnung

¹ Bauten, Anlagen und Freiräume müssen sich hinsichtlich ihrer Grösse, Situierung und Gestaltung so in die Umgebung einordnen, dass innerhalb des Orts-, Quartier- und Landschaftsbilds eine gute Gesamtwirkung entsteht. Dies gilt auch für die Farbgebung und die Materialien sowie die Ausgestaltung des Übergangs zum öffentlichen Raum.

² Das Einordnungsgebot gilt insbesondere auch für Gebäudelängen, Dachaufbauten, Antennen, Beschriftungen, Reklamen und dergleichen.

³ Gebäude und Anlagen sind so in das gewachsene Terrain einzupassen, dass Aufschüttungen und Abgrabungen minimiert werden.

§ 35 Besondere Abstände

¹ Der Gebäudeabstand gegenüber Bauten auf Nachbargrundstücken kann verringert oder ganz aufgehoben werden, wenn keine gesundheits-, feuerpolizeilichen oder anderen öffentlichen Interessen entgegenstehen und der Nachbar schriftlich zustimmt.

² Für Privatstrassen gelten die Abstandsvorschriften für öffentliche Gemeindestrassen. Der Gemeinderat kann für Kleinbauten und Unterniveaubauten unter Beachtung der Verkehrssicherheit geringere Strassenabstände zulassen.

³ Auf dem Grundstück GS Nr. 2159 ist an allen Orten mit empfindlicher Nutzung der Anlagegrenzwert der Hochspannungsfreileitung einzuhalten.

§ 36 Parkierung und Mobilität

¹ Der Gemeinderat regelt die Anforderungen an die Parkierung, insbesondere die Mindest- und Maximalanzahl von Parkfeldern für Fahrzeuge des motorisierten Individualverkehrs und die Mindestanzahl von Abstellplätzen für Fahrräder sowie Anforderungen an Grösse, Lage, Gestaltung und Überdachung der Abstellflächen in einem Parkplatzreglement.

² Ab Bauvorhaben von drei oder mehr Wohn- oder Gewerbegebäuden kann der Gemeinderat auch ausserhalb von Bebauungsplanverfahren den Nachweis der guten internen Arealerschliessung für zu Fuss Gehende und Radfahrende und Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz und an Haltestellen des öffentlichen Verkehrs sowie, sofern die vorbestehende Belastung des Verkehrsnetzes oder die Luft- oder Lärmbelastung dies rechtfertigen, ein Mobilitätskonzept verlangen.

³ Parkierungsanlagen sind so zu gestalten, dass eine gute Freiraum- und Strassenraumqualität entsteht. Insbesondere sind Parkfelder zwecks Erhaltung von Grünflächen und Vorgärten zweckmässig anzuordnen.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 12 und § 30 Abs. 1 Musterbauordnung.

Sinngemäss § 30 Abs. 2 Musterbauordnung.

Unveränderte Bestimmung aBO § 12.

Neue Bestimmung in Anwendung § 42 Abs. 2 V PBG.

*Sinngemäss § 31 Musterbauordnung.
Kompetenz Gemeinderat.*

Neue Bestimmung. Für die neu eingezonte Fläche Spiess gelten die Vorsorgewerte gemäss NISV.

Sinngemäss § 32 Abs. 1 Musterbauordnung.

§ 32 Abs. 2 Musterbauordnung.

Neue Bestimmung.

⁴ Bei der Neuerstellung oder umfassenden Sanierung von Parkieranlagen sind Anschlussmöglichkeiten für die Elektromobilität vorzusehen.

§ 37 Grundstückserschliessung und Abfallentsorgungsanlagen

¹ Erschliessungs- und Parkieranlagen sind flächensparend auszugestalten.

² Ein- und Ausfahrten sind so anzulegen, dass sie im Gebrauch niemanden gefährden und behindern. Als Richtlinie gelten die VSS-Normen und das Strassenreglement.

³ Das Oberflächenwasser darf nicht auf öffentlichen Grund geleitet werden.

⁴ Für geplante Wohnsiedlungen ab 30 Wohneinheiten und bei logistischem Bedarf für bestehende Wohnsiedlungen sowie für einzelne oder mehrere Strassenzüge kann der Gemeinderat die Einrichtung einer öffentlichen Unterflur- oder einer Halbunterfluranlage für das Einzugsgebiet anordnen.

§ 38 Hindernisfreies Bauen

¹ Gebäude mit fünf und mehr Wohneinheiten sowie Bauten und Anlagen mit mehr als 25 Arbeitsplätzen sind so zu gestalten, dass sie auch für Menschen mit Behinderung zugänglich sind. Bei den Wohneinheiten müssen die Mehrheit der Wohnungen und bei den Arbeitsplätzen sämtliche Plätze im Innern an deren Bedürfnisse anpassbar sein. Im Übrigen gelten die kantonalen Bestimmungen.

² Unter Beachtung des übergeordneten Rechts können bei besonderen örtlichen Verhältnissen Erleichterungen gestattet werden.

§ 39 Gemeinschaftliche Freiflächen

¹ Bei Bauten mit vier und mehr Wohnungen sind zusammenhängende, aufenthaltsfreundlich gestaltete gemeinschaftliche Freiflächen zu erstellen und dauerhaft zu erhalten. Sie sind der Art der Überbauung entsprechend als Spiel-, Begegnungs- oder Ruhefläche oder als Freizeit- oder Pflanzgarten herzurichten und auszustatten.

² Die Grösse der gemeinschaftlichen Freiflächen muss insgesamt mindestens 15 % der für das Wohnen anzurechnenden Geschossfläche gemäss Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (V PBG) betragen.

³ Der Gemeinderat kann in Kernzonen unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und der vorhandenen örtlichen Spiel- und Freizeitflächen Ausnahmen gestatten.

Sinngemäss § 32 Abs. 3 Musterbauordnung.

Neue Bestimmung.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 8 Abs. 1 und Musterbauordnung § 33 Abs. 1.

Unveränderte Bestimmung aBO § 8 Abs. 2 und Musterbauordnung § 33 Abs. 2.

Gemäss Reglement über die Abfallbewirtschaftung des ZEBA.

§ 34 Musterbauordnung.

Neue Bestimmung.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 11. Neu wird der allgemeine Aufenthalt geregelt. Bisher lag der Fokus auf den Spielflächen.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 11. Die Fläche kann bei entsprechender Ausgestaltung an die Grünflächenziffer angerechnet werden.

Sinngemäss § 35 Abs. 3 Musterbauordnung.

§ 40 Lärmschutz

¹ In den im Zonenplan besonders bezeichneten Gebieten gilt der bundesrechtliche Planungswert gemäss Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom 15. Dezember 1986. Es besteht keine Möglichkeit für Ausnahmen.

² Innerhalb der im Zonenplan besonders bezeichneten Gebiete gilt im Falle einer Überschreitung der Planungswerte eine Bebauungsplanpflicht. Der Bebauungsplan sichert die erforderlichen Massnahmen zur Einhaltung der Planungswerte.

§ 37 Musterbauordnung (Fassung 2022).

§ 41 Förderung ökologischer Ausgleich

¹ Der Gemeinderat fördert den ökologischen Ausgleich innerhalb und ausserhalb des Siedlungsgebiets im Rahmen von gemeindlichen Bauvorhaben. Er definiert insbesondere in den Zonen des öffentlichen Interesses im Baubewilligungsverfahren die Massnahmen zum ökologischen Ausgleich.

² Eine ökologische Aufwertung mit Gehölzen, Hecken, Kleingewässern und anderen Kleinstrukturen gemäss dem Landschaftsentwicklungskonzept ist anzustreben und kann mit Beiträgen unterstützt werden.

Neue Bestimmung. Sinngemäss § 1 GNL.

Sinngemäss aBO § 32.

§ 42 Umgebungsgestaltung und Siedlungsökologie

¹ Dem Klimaschutz und der Klimaanpassung ist im Planungs- und Bauwesen auf allen Ebenen angemessen Rechnung zu tragen.

² Bei öffentlich zugänglichen Bauten und Anlagen, Bauten und Anlagen mit mehr als 50 Arbeitsplätzen sowie bei Mehrfamilienhäusern, die neu erstellt werden, kann der Gemeinderat im Interesse des Klimaschutzes Auflagen zur Setzung, Materialisierung, Begrünung, Bepflanzung, Belichtung und Besonnung von Bauten und Anlagen machen.

³ Im Rahmen der Umgebungsgestaltung ist dem Bedarf nach ökologisch hochwertigen Natur- und Grünflächen Rechnung zu tragen. Die Umgebung ist für Kleintiere möglichst durchlässig auszugestalten. Neue Bäume sollen bevorzugt in nicht unterbauten Bereichen gepflanzt werden. Bei Pflanzungen in unterbauten Bereichen sind ausreichende Überdeckungen vorzusehen. Wege und Plätze sind möglichst mit wasserdurchlässigen Belägen zu gestalten. Es sind mindestens 25 % der anrechenbaren Grünfläche gemäss § 11 Abs. 1 Spalte H BO als ökologische Ausgleichsflächen zu gestalten und entsprechend zu pflegen.

⁴ Der Gemeinderat fördert die Bepflanzung mit einheimischen, standortgerechten Pflanzenarten und Saatmischungen zur Begrünung des Siedlungsgebiets. In Zonen mit einer Grünflächenziffer ist der Gemeinderat berechtigt, entsprechende Auflagen zu machen. Invasive, gebietsfremde Arten sind nicht zulässig.

§ 38 Abs. 1 Musterbauordnung.

§ 38 Abs. 2 Musterbauordnung.

Sinngemäss § 38 Abs. 3 Musterbauordnung.

§ 38 Abs. 4 Musterbauordnung.

Neue Fassung BO Cham

Bemerkungen / Anpassung / Hinweise

⁵ Markante Einzelbäume und Baumgruppen ausserhalb von Wald sind nach Möglichkeit zu erhalten. Der Gemeinderat entscheidet über den Schutz oder über Ersatzmassnahmen im Baubewilligungsverfahren.

⁶ In allen Bauzonen sind bestehende Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 80 cm nach Möglichkeit zu erhalten oder es sind Ersatz- und Neupflanzungen vorzusehen. Pro Baugrundstück ist mindestens ein Baum zu erhalten oder ausserhalb von Untergeschossen neu zu pflanzen und bei Abgang zu ersetzen. Es ist genügend Wurzelraum zu gewährleisten.

⁷ In allen Bauzonen ist das Fällen von Bäumen gemäss Abs. 5 und 6 sowie die wesentliche Reduktion von Grünflächen bewilligungspflichtig.

⁸ Die Aussenbeleuchtungen sind so zu gestalten, dass unnötige Lichtemissionen vermieden werden.

⁹ Der Strassenabstandsbereich respektive der Baulinienraum ist in Bezug auf das Orts- und Quartierbild situationsgerecht zu begrünen und zu bepflanzen. Es sind vorzugsweise einheimische Pflanzen zu verwenden.

¹⁰ Der Übergang von Bauzonen zu Nichtbauzonen ist mit standortgerechten, vorzugsweise einheimischen Baum- und Straucharten zu bepflanzen. Gegenüber Nichtbauzonen darf das gewachsene Terrain innerhalb des jeweiligen Grenzabstands um höchstens 0.50 m aufgeschüttet oder abgegraben werden. Umfriedungen müssen in der Regel offen gestaltet sein. Bauten und Anlagen am Siedlungsrand haben sich gut in die landschaftliche Umgebung einzupassen.

§ 43 Naturobjekte

¹ Die Naturobjekte von kommunaler Bedeutung sind im Inventar der Schutzobjekte aufgeführt.

² Sie sind nach Möglichkeit zu erhalten, über die Pflege ökologisch in Wert zu halten und bei Abgang zu ersetzen. Über die Pflege hinausgehende Eingriffe sind bewilligungspflichtig.

³ Der Gemeinderat fördert den Erhalt von Schutzobjekten und unterstützt die Neuanpflanzung von Feldgehölzen und Hecken sowie die Neuanlage naturnaher Flächen durch finanzielle Beiträge.

⁴ Der Gemeinderat ist zuständig für die Aufnahme und Entlassung von Inventarobjekten. Das Einspracherecht der Betroffenen wird gewahrt.

⁵ Der Gemeinderat kann weitere Schutzinventare führen und Schutzmassnahmen finanziell unterstützen.

Sinngemäss bestehende Bestimmung.

Neue Bestimmung. Der Gemeinderat kann gestützt auf § 21 PBG bei besonderen örtlichen Verhältnissen Ausnahmen gestatten. Der Stammdurchmesser wird 1 m ab Boden gemessen.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 50 f).

Neue Bestimmung.

Neue Bestimmung.

Neue Bestimmung.

Sinngemäss §36 aBO und Musterbauordnung §39. Das Inventar wird aktualisiert und öffentlich aufgelegt. Dagegen kann Einsprache erhoben werden.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 36 und Musterbauordnung.

Unveränderte Bestimmung aBO § 36.

Neue Bestimmung.

Neue Bestimmung. Dazu zählt bspw. das Gebäudebrüterinventar.

§ 44 Dachgestaltung und Fassaden

¹ Dachaufbauten haben sich in Grösse, Form und Material gut ins Dach zu integrieren. Sie haben sich der Dachfläche unterzuordnen und dürfen in der Ortsbildschutzzone und in den Weilerzonen in der Regel einen Drittel der Fassadenlänge nicht überschreiten.

² Technisch notwendige Dachaufbauten dürfen den höchsten Punkt der Dachkonstruktion nur im technisch erforderlichen Mass überragen.

³ Anlagen der Haustechnik wie Klima- und Wärmerückführungselemente u. dgl. dürfen auf dem Dach nur angebracht werden, wenn dies technisch notwendig ist und sie sich gut in die Dachgestaltung einfügen.

⁴ Flachdächer von Neubauten sowie Flachdächer von neuen Garageneinfahrten mit einer Neigung kleiner als 10° sind zu begrünen, soweit sie nicht als Terrasse genutzt werden. Beim Bau von Solaranlagen kann auf eine extensive Flachdachbegrünung verzichtet werden, wenn die Solaranlage aus Gründen des Ortsbilds in die Dachfläche zu integrieren ist. Diese Vorgabe gilt auch für neubauähnliche Umbauten, sofern dies mit verhältnismässigem Aufwand umgesetzt werden kann.

⁵ Die Dächer von Attikageschossen dürfen nicht als Terrassen genutzt werden.

⁶ Bei Neu- und Umbauten sind Glas- und Fassadenflächen von Gebäuden und Anlagen so zu gestalten, dass sie von Vögeln als Hindernisse wahrgenommen werden.

*Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 45.
Präzisierung zur Einordnung von Dachaufbauten.*

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 45.

Sinngemäss bestehende Bestimmung aBO § 45.

Sinngemäss aBO § 45 Abs. 3. Als Richtlinie gilt die SIA-Norm 312.

Neue Bestimmung.

§ 40 Abs. 2 Musterbauordnung.

4. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 45 Mehrwertabgabe

Die Einwohnergemeinde Cham erhebt von den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern eine Mehrwertabgabe von 20 % des Bodenmehrerts in den in § 52a Abs. 2a des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Zug (PBG) genannten Fällen nach Massgabe der § 52a ff. PBG.

Gemäss Vorlage 2022.

§ 46 Gebühren

Die Gebühren für die Behandlung von Baugesuchen werden durch den Gemeinderat in einem Gebührentarif geregelt.

Unveränderte Bestimmung aBO § 51.

§ 47 Übergangsrecht

¹ Auf Baugesuche, die bei Inkrafttreten dieser Bauordnung vollständig eingereicht und hängig sind, findet das bisherige Recht Anwendung, es sei denn, für die Bauherrschaft ist eine Beurteilung nach neuem Recht günstiger.

Musterbauordnung § 44 Abs. 1.

² Gegenüber bestehenden Gebäuden auf Nachbargrundstücken, welche die geltenden Grenzabstandsvorschriften nicht einhalten, kann der Gemeinderat im Baubewilligungsverfahren den Grenz- und Gebäudeabstand in Berücksichtigung der feuerpolizeilichen Vorschriften und der Interessen der Wohnhygiene sowie nachbarlicher Interessen angemessen reduzieren, wenn:

Sinngemäss Musterbauordnung § 44 Abs. 2.

- a) für das Gebäude auf dem Nachbargrundstück kein Näherbaurecht besteht
- b) ein gegenseitiges Näherbaurecht besteht, welches vor dem 1. Januar 2019 begründet worden ist.

³ Die in § 11 BO festgelegten Grundmasse dürfen für die Baugrundstücke die bisherigen Bau- und Nutzungsmöglichkeiten gemäss der Bauordnung vom 1. Mai 2007 nicht vermindern. Der Gemeinderat kann zum Ausgleich von Nachteilen Abweichungen von den Grundmassen gestatten.

§ 48 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Bauordnung vom 1. Mai 2007 sowie der Zonenplan vom 1. Juni 2021 werden aufgehoben.

§ 46 Musterbauordnung.

§ 49 Inkrafttreten

Diese Bauordnung und der Zonenplan treten mit der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

§ 47 Musterbauordnung.

Anhang

1 WEILERZONENPLÄNE

1.1 BIBERSEE



WEILERZONE: BIBERSEE



Bibersee 1900 (swisstopo)



Bibersee 2019 (swisstopo)

Charakterbeschreibung

Bibersee ist ein kompakter, landwirtschaftlich genutzter Weiler, bestehend aus vier Höfen mit je einem freistehenden Wohnhaus, einer Scheune und mehreren Nebengebäuden. Der Weiler wird im Westen durch die Knauerstrasse und im Osten durch den Bahndamm hart abgegrenzt und wirkt dadurch räumlich isoliert. Der Bewirtschaftungs- und Naherholungsweg Bibersee wird durch zwei markante Ökonomiegebäude räumlich gefasst und bildet das Rückgrat des Weilers. Die Hofgruppen besitzen differenzierte räumliche Bezüge mit variierenden Gebäudestellungen. Die meisten Wohngebäude haben ihre Hauptfront nach Süden ausgerichtet.

Festlegungen

- Ortsbildprägendes Hauptgebäude
- Ortsbildprägendes Nebengebäude
- Weitere Gebäude
- Ortsbildprägende Hofbereiche, Strassen und Wege (schematisch)
- Landschaftsbezogene begrünte Freiräume (schematisch)
- Gebäudezugewandte, in der Regel umzäunte Gärten und Grünflächen (schematisch)
- Weitere weilertypische innenliegende Grünräume (schematisch)
- Ortsbildprägende Einzelbäume und Baumgruppen

Informationen

- Perimeter Weilerzonen gemäss Zonenplan
- Firstrichtung bestehender Gebäude
- Weitere befestigte Flächen
- Geschützte Denkmäler (Stand 2022)
- Inventar schützenswerter Denkmäler (Stand 2022)
- Bestehendes Ökonomiegebäude
- Bestehendes Wohngebäude
- Wegkreuz
- Obstbaumkulturen

Anhang

1.2 OBERWIL



WEILERZONE: OBERWIL



Oberwil 1900 (swisstopo)



Oberwil 2019 (swisstopo)

Charakterbeschreibung

An der Wegkreuzung der Knounerstrasse und Niederwilstrasse präsentiert sich der Weiler Oberwil als Ensemble, dessen Gebäude mehrheitlich einen klaren Bezug zu den Strassenräumen besitzen. Der Weiler besteht aus vier Höfen, wobei der Hof nordöstlich der Niederwilstrasse durch einen Grünraum mit Blickbezügen in die Landschaftskammern räumlich vom kompakten Ortsteil an der Wegkreuzung abgesetzt ist. Die teils stattlichen Wohnhäuser und die grossvolumigen Ökonomiegebäude bilden den Blickfang.

Festlegungen

-  Ortsbildprägendes Hauptgebäude
-  Ortsbildprägendes Nebengebäude
-  Weitere Gebäude
-  Ortsbildprägende Hofbereiche, Strassen und Wege (schematisch)
-  Landschaftsbezogene begrünte Freiräume (schematisch)
-  Gebäudezugewandte, in der Regel umzäunte Gärten und Grünflächen (schematisch)
-  Weitere weilertypische innenliegende Grünräume (schematisch)
-  Wichtige Sichtbezüge in die Landschaftskammern
-  Ortsbildprägende Einzelbäume und Baumgruppen

Informationen

-  Perimeter Weilerzonen gemäss Zonenplan
-  Firstrichtung bestehender Gebäude
-  Weitere befestigte Flächen
-  Geschützte Denkmäler (Stand 2022)
-  Inventar schützenswerter Denkmäler (Stand 2022)
-  Bestehendes Ökonomiegebäude
-  Bestehendes Wohngebäude
-  Obstbaumkulturen

Anhang

 Ortsbildprägendes Hauptgebäude
 Ortsbildprägendes Nebengebäude

 Weitere Gebäude

 Ortsbildprägende Hofbereiche, Strassen und Wege (schematisch)
 Landschaftsbezogene begrünte Freiräume (schematisch)
 Gebäudezugewandte, in der Regel umzäunte Gärten und Grünflächen (schematisch)
 Weitere weiltypische innenliegende Grünräume (schematisch)
 Wichtige Sichtbezüge in die Landschaftskammern
 Ortsbildprägende Einzelbäume und Baumgruppen

Zulässige Umnutzung best. Gebäude gemäss § 27 Abs. 7 lit. a) BO:

- Höchstens mässig störende Gewerbebetriebe.
- Lagernutzung
- Wohnnutzungen nur im Sinne der Bundesgesetzgebung

Zulässige Umnutzung best. Gebäude gemäss § 27 Abs. 7 lit. a) BO:

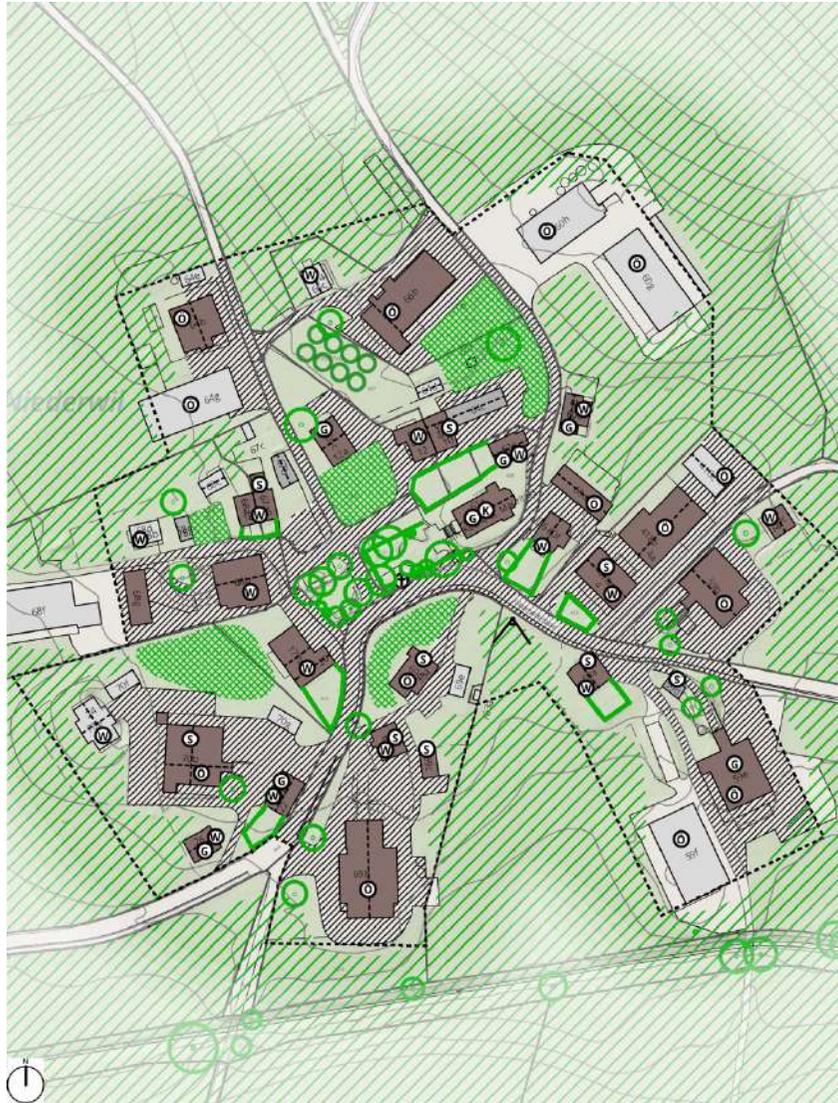
- Lagernutzung

Wichtige Elemente der Umgebungsgestaltung gemäss § 27 Abs. 3 BO

Assek. Nr.	Nutzung Bestand	Baujahr / Bauperiode ¹	Zulässige Nutzung Gebäudebestand / Umnutzung					Zulässige Nutzung bei Ersatz				
			Landwirtschaft	Lager	Gewerbe / Produktion	Dienstleistung	Wohnen	Landwirtschaft	Lager	Gewerbe / Produktion	Dienstleistung	Wohnen
1179a	Wohngebäude	vor 1919										
1179b	Nebengebäude	1982										
828a	Nebengebäude	1903										
2149a	Wohngebäude	1996										
54d	Stall / Scheune	1903										
56a	Wohngebäude	vor 1919										
56b	Stall / Scheune	1903										
56c	Wohngebäude	1946 - 1960										
56d	Stall / Scheune	1924										
56e	Stall / Scheune	2001										
56f	Stall / Scheune	1986										
55a	Wohngebäude	vor 1919										
55c	Stall / Scheune	1982										
55d	Nebengebäude	1903										
55f	Nebengebäude	2004										
55e	Wohngebäude	2004										

Anhang

1.3 NIEDERWIL



WEILERZONE: NIEDERWIL



Niederwil 1900 (swisstopo)



Niederwil 2019 (swisstopo)

Charakterbeschreibung

Niederwil ist ein idyllischer, kompakter Weiler, der im Quervergleich zu den übrigen drei Kleinsiedlungen in Cham aufgrund der Kirche St. Mauritius, dem etwas abgelegenen Schulhaus Niederwil im Westen und den weiteren ländlichen Nutzungen (Käserei, ehemalige Schmitte) eine Stützpunktfunktion in der Landschaft einnimmt und den Charakter eines Kleindorfes besitzt. Niederwil zeichnet sich durch ein dichteres Netz an Strassen und Bewirtschaftungswegen aus, das durch einen inneren Kreis bestimmt wird und differenzierte Blickbezüge erlaubt. Charakteristisch ist die lose Verteilung von Wohn-, Ökonomie- und Nebengebäuden in unterschiedlichen Grössen, Stellungen und Firstrichtungen, die zusammen mit den Nutzgärten und Grünflächen eine spannungsvolle räumliche Abfolge bilden. Die Kirche mit der parkartigen Vorzone an der geschwungenen Niederwilstrasse bildet die ortsbauliche Mitte und den Ausgangspunkt der Weilerstruktur.

Festlegungen

- Ortsbildprägendes Hauptgebäude
- Ortsbildprägendes Nebengebäude
- Weitere Gebäude
- Ortsbildprägende Hofbereiche, Strassen und Wege (schematisch)
- Landschaftsbezogene begrünte Freiräume (schematisch)
- Gebäudezugewandte, in der Regel umzäunte Gärten und Grünflächen (schematisch)
- Weitere weilertypische innenliegende Grünräume (schematisch)
- Ortsbildprägende Einzelbäume und Baumgruppen
- Wichtige Sichtbezüge in die Landschaftskammern

Informationen

- Perimeter Weilerzonen gemäss Zonenplan
- Firstrichtung bestehender Gebäude
- Weitere befestigte Flächen
- Geschützte Denkmäler (Stand 2022)
- Inventar schützenswerter Denkmäler (Stand 2022)
- Kirche
- Bestehendes Ökonomiegebäude
- Bestehendes Wohngebäude
- Wegkreuz
- Obstbaumkulturen

Anhang

 Ortsbildprägendes Hauptgebäude
 Ortsbildprägendes Nebengebäude

Zulässige Umnutzung best. Gebäude gemäss § 27 Abs. 7 lit. b) BO:

- Höchstens mässig störende Gewerbebetriebe
- Lagernutzung
- Dienstleistungsbetriebe
- Öffentliche Nutzungen
- Wohnnutzungen

 Weitere Gebäude

Zulässige Umnutzung best. Gebäude gemäss § 27 Abs. 7 lit. b) BO:

- Höchstens mässig störende Gewerbebetriebe
- Lagernutzung
- Dienstleistungsbetriebe
- Öffentliche Nutzungen
- Wohnnutzungen

-  Ortsbildprägende Hofbereiche, Strassen und Wege (schematisch)
-  Landschaftsbezogene begrünte Freiräume (schematisch)
-  Gebäudezugewandte, in der Regel umzäunte Gärten und Grünflächen (schematisch)
-  Weitere weiltypische innenliegende Grünräume (schematisch)
-  Wichtige Sichtbezüge in die Landschaftskammern
-  Ortsbildprägende Einzelbäume und Baumgruppen

Wichtige Elemente der Umgebungsgestaltung gemäss § 27 Abs. 3 BO

Anw.Nr.	Nutzung Bestand	Baujahr / Bauperiode ¹	Kategorieanweisung in Bezug auf den Ortsbildschutz			Zulässige Nutzung Gebäudebestand / Umnutzung					Zulässige Nutzung bei Ersatz									
			Ortsbildprägendes Hauptgebäude	Zinsstörprägendes Nebengebäude	Weitere Gebäude	Landwirtschaft	Lager	Gewerbe / Produktion	Dienstleistung	Wohnen	Landwirtschaft	Lager	Gewerbe / Produktion	Dienstleistung	Wohnen					
70a	Wohngebäude	1896 - 2000																		
70f	Nebengebäude	2005																		
70b	Stall / Scheune	1908																		
70c	Wohngebäude	1919																		
70a	Wohngebäude	1919																		
70g	Nebengebäude	2002																		
777a	Wohngebäude	vor 1919																		
69b	Stall / Scheune	1905																		
69c	Wohngebäude	vor 1919																		
69c	Stall / Scheune	1907																		
69d	Stall / Scheune	vor 1919																		
69d	Nebengebäude	2005																		
69g	Nebengebäude	2017																		
48b	Wohngebäude	unbekannt																		
62d	Wohngebäude	1996 - 2000																		
62d	Nebengebäude	1996																		
48c	Nebengebäude	1905																		
62b	Wohngebäude	vor 1919																		
67a	Wohngebäude	vor 1919																		
67b	Nebengebäude	1905																		
64b	Stall / Scheune	unbekannt																		
64b	Stall / Scheune	1905																		
64c	Nebengebäude	1975																		
67c	Nebengebäude	1956																		
66c	Wohngebäude	2019																		
66b	Stall / Scheune	unbekannt																		
66c	Nebengebäude	2019																		
66d	Nebengebäude	2019																		
65a	Wohngebäude	vor 1919																		
64d	Wohngebäude	vor 1919																		
64c	Nebengebäude	unbekannt																		
64f	Nebengebäude	2005																		
69b	Stall / Scheune	2014																		
69b	Stall / Scheune	1900																		
60c	Wohngebäude	1905																		
62a	Wohngebäude	vor 1919																		
61a	Kirche	1903																		
60d	Stall / Scheune	1907																		
60f	Wohngebäude	1997 - 1999																		
418c	Stall / Scheune	1904																		
418d	Stall / Scheune	1935																		
418a	Wohngebäude	1910 - 1945																		
59c	Wohngebäude	1980 - 1999																		
59b	Stall / Scheune	1905																		
59a	Wohngebäude	vor 1919																		
59a	Stall / Scheune	1905																		
59f	Stall / Scheune	2000																		
59f	Nebengebäude	1909																		

Anhang

1.4 FRIESENCHAM



WEILERZONE: FRIESENCHAM



Friesencham 1900 (swisstopo)



Friesencham 2019 (swisstopo)

Charakterbeschreibung

Der zwischen den Siedlungen Lindenham und Langacker gelegene Weiler Friesencham besteht aus mehreren, räumlich verteilten Hofgruppen mit teils markanten und mehrheitlich noch landwirtschaftlich genutzten Bauten. Einige Bauten besitzen keinen ortsbaulichen Bezug zum landwirtschaftlichen Umfeld und wirken daher ortsfremd. Die Hofgruppen sind über die Friesenchamstrasse, die sich im Bereich des Weilers verästelt, an die Untermühlestrasse angebunden. Der Weiler verfügt über kein eigentliches Zentrum, bildet jedoch innerhalb der umgebenden Landschaft eine klar abgegrenzte Kleinsiedlung.

Festlegungen

- Ortsbildprägendes Hauptgebäude
- Ortsbildprägendes Nebengebäude
- Weitere Gebäude
- Ortsbildprägende Hofbereiche, Strassen und Wege (schematisch)
- Landschaftsbezogene begrünte Freiräume (schematisch)
- Gebäudezugewandte, in der Regel umzäunte Gärten und Grünflächen (schematisch)
- Weitere weilertypische innenliegende Grünräume (schematisch)
- Wichtige Sichtbezüge in die Landschaftskammern
- Ortsbildprägende Einzelbäume und Baumgruppen

Informationen

- Perimeter Weilerzonen gemäss Zonenplan
- Firstrichtung bestehender Gebäude
- Gebäude mit fehlendem architektonischem Bezug zum Weiler
- Weitere befestigte Flächen
- Geschützte Denkmäler (Stand 2022)
- Inventar schützenswerter Denkmäler (Stand 2022)
- Bestehendes Ökonomiegebäude
- Bestehendes Wohngebäude
- Wegkreuz
- Obstbaumkulturen

